

inhaltet, müssen folglich auch die gesetzlichen Vorschriften in einen bundeseinheitlichen Rahmen in bau-, finanz- und steuerrechtlicher Hinsicht eingepaßt und mit den bereits im Städtebauförderungsgesetz und den in der Novelle zum Bundesbaugesetz enthaltenen Regelungen harmonisiert werden. Auf dieser Basis sollte in der kommenden Legislaturperiode ein landeseigenes Denkmalschutzgesetz eingebracht werden, das die besonderen Gegebenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen ebenso wie die Erfahrungen anderer Bundesländer wie Hessen und Bayern mit eigenen Denkmalschutzgesetzen berücksichtigt.

Grundsatz des Gesetzes sollte sein, unsere Städte durch sinnvolle und zeitgemäße Nutzung des historischen Baubestandes wiederzubeleben und sie gleichzeitig vor schädigenden Einflüssen weitgehend zu bewahren, wie sie insbesondere der Schwerverkehr mit sich bringt.

F.D.P.: Nicht enteignen, aber Privatininitiativen fördern

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Vorsitzende Hans Koch:

Im Jahre 1974 sind für den Schutz historischer Bausubstanz in NW von der Landesregierung 16 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Dieser finanzielle Rahmen ist für das Jahr 1975 auf 18 Millionen DM ausgeweitet worden. Zusätzlich stehen Mittel nach dem Städtebauförderungsgesetz zur Verfügung.

Dem Landeskonservator und den beteiligten Behörden ist es zum großen Teil gelungen, mit Hilfe der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel die von den Eigentümern erhaltenswerter Bausubstanz unternommenen Anstrengungen zur Pflege und Nutzung dieser Gebäude zu fördern.

Die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung mit konkreten Gebots- und Verbotsbestimmungen, insbesondere der Zusammenhang mit der Eigentums-garantie des Artikels 14 GG, muß in der nächsten Wahlperiode sorgfältig geprüft werden.

Zu den rechtlichen Schwierigkeiten tritt das Problem des finanziellen Ausgleichs für aus Gründen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege erlassene Nutzungsbeschränkungen. Enteignung oder Kauf erhaltenswerter Bausubstanz durch die öffentliche Hand würde erhebliche Landesmittel erfordern. Ob dies bei der starken finanziellen Belastung des Landes durch vordringliche andere Aufgaben tragbar ist, muß aus der Sicht von heute bezweifelt werden. Die Landesbauordnung, die Aufsicht durch die oberen Landesbaubehörden und private Initiativen bieten z. Z. ausreichende Gewähr dafür, daß die trotz des Baubooms der letzten 20 Jahre noch erhaltenen historischen Bauwerke gepflegt und wieder einer Nutzung zugeführt werden können.

Letztendlich mißt sich die Bereitschaft der Landesregierungen und der Parlamente, für die Landesgeschichte bedeutsame Bauwerke und Stadt- und Dorfkerne zu erhalten und zu pflegen, nicht an den vorhandenen Gesetzesvorschriften, sondern an den finanziellen Mitteln, die für diesen Zweck jeweils zur Verfügung gestellt werden. Bei diesem Vergleich wird deutlich, daß NW auch in der Denkmalpflege führend ist.

Porträt



Gerhard Wendzinski (SPD)

Gerhard Wendzinski gehört zu den SPD-Abgeordneten, die ihr Mandat mehr als Auftrag der Wähler denn als Befriedigung persönlicher politischer Leidenschaften betrachten. Er fühlt sich in die Pflicht genommen, ist deshalb auch fähig, hinter die Sache zurückzutreten. Rein äußerlich – randlose Brille, glattes Gesicht, kurzes linksge-scheiteltes Haar, Konfektionsanzug – scheint er dem Klischee des unscheinbaren Parlamentariers zu entsprechen, dem Stereotyp des fleißigen, nüchtern-technokratischen Abgeordneten.

Das ist freilich auf den zweiten Blick ein Irrtum und wohl auch der einzige Widerspruch in der Person des 39jährigen Dortmunder Physikingenieurs. In seinem Beruf – wie in der Politik – wirkt er als „Übersetzer“ ausgleichend, überträgt er als Dolmetscher die strengen Terminologien der Physik in die Sprache der Technik, wird damit zum Medium für die Nutzenwendung neuer naturwissenschaftlicher Ergebnisse und Erkenntnisse in der Industrie. Und deshalb notwendig darauf angewiesen, immer auf dem laufenden zu bleiben, kann Wendzinski beispielsweise sagen: „Ich werde immer zu denen gehören, die das Bestehende überprüfen.“

So motiviert, mag der heimliche Weinliebhaber aus Deutschlands berühmtester Bierstadt seine Fähigkeiten und Kenntnisse nur sachgerecht einsetzen, etwa im Verkehrs- oder Jugend- und Familienausschuß oder und vor allem im Planungsausschuß.

„Planung“, sagt der Vater von zwei Töchtern (8, 5), „ist ein Teil der Sozialpolitik.“ Aus diesem nur entfernt technokratischen Verständnis heraus versucht Wendzinski seine Politik „an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren“. Ein Allerweltssatz, sicher, aber deshalb nicht notwendigerweise weniger ehrlich.

„Stillstand“, artikuliert sich der sozialreformerische Elan Wendzinskis, „heißt für mich Rückschritt.“ Um dann doch klärend einzuschränken: „Aber es gibt nichts, was stillsteht.“ So eingegrenzt kann er auch von Systemveränderung reden. In die-

sem Verständnis sieht er sich selbst als Systemveränderer.

Ob er Veränderung bewirkt hat, läßt er offen. In 20 Jahren SPD-Mitgliedschaft, 22 Jahren Zugehörigkeit zur IG Metall, mehr als zehn Jahren Kommunal- und Landespolitik sind Erfolge natürlich nicht ausgeblieben. Das überzeugt den Wähler. Und aufs Überzeugen kommt es dem Politiker Wendzinski an. Sein äußerlich kühles Engagement, in dem immer auch der Zweifel mitschwingt und das Vorurteil, daß ein Techniker sich nicht politisch zu betätigen habe, setzt er in Dortmunds Norden zusammen mit seiner Frau nicht nur in der SPD, sondern auch in Kreisen der evangelischen Kirche ein. Überzeugen will er als konsequenter christlicher Sozialist, aber nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker.

Deshalb hält Wendzinski auch viel davon, sich aus eigener Anschauung ein Urteil zu bilden. Das gilt nicht allein für die Politik. Früher, als er noch Zeit hatte, unternahm Wendzinski jedes Jahr große, mehrere Monate dauernde Reisen in den Orient. Heute reicht es gerade noch für den Urlaub im Norden. Das bißchen Freizeit gestaltet Wendzinski zweckdienlich. Im Technikerjargon: „Wenn ich Muße habe, versuche ich zu speichern.“ Er läßt Wissen auf, aber auch Nervenkraft, denn „in der Politik muß man sich konzentrieren“.

Gelassen sieht er seinem neuerlichen Landtagswahlsieg entgegen. 62 Prozent holte Wendzinski 1970, als er zum erstenmal für das Düsseldorfener Parlament kandidierte. Frau und Familie vor allem, nicht zuletzt auch der Stahlriese Hoesch, werden auch in den nächsten fünf Jahren „ihren Mann“ nicht ungeteilt haben. Bernd Kleffner